

2. Um Polen einen gesicherten Zugang zur Ostsee zu schaffen, kommt das Gebiet zwischen der Memel und der unteren Weichsel an Polen.

3. Das oberschlesische Industriegebiet (mit Einschluß von Oderberg-Ostrau und Karwin) kommt kraft internationaler Regelung unter ein polnisch-deutscheschwechisches Kondominium.

4. Polen erhält freie Schifffahrt auf der Oder und eine Freihafenzone in Stettin.

5. Die Häfen im Mündungsgebiet der Weichsel werden von Polen und Deutschland zu gleichen Rechten benutzt.

6. Als Garantie- und Treuhändermacht für internationale Einrichtungen wird der Ostseeanlieger Schweden bestellt.

Deutschland und Polen mußten in den vergangenen 15 Jahren so viel bitteres Lehrgeld zahlen, daß beide nun hoffentlich einsehen, daß die deutsch-polnische Frage nicht durch einseitige nationalistische Grundsätze gelöst werden kann, die nur dem russischen Imperialismus in die Hände arbeiten.

*Ungarns Bauern und der Kommunismus.* 1944 wurde Ungarn von den kriegführenden Parteien den bolschewistischen Heeren ausgeliefert. Anders wäre der Kommunismus in Ungarn wohl nie an die Macht gekommen. Die neuen Machthaber gingen systematisch daran, das Bauerntum auszurotten. 75% der Ernte mußte abgeliefert werden, so daß den Bauern nicht nur kein Saatgetreide, sondern oft nicht einmal genügend Brotgetreide für ihre Familien blieb. Die Ablieferungspflicht beschränkte sich jedoch nicht auf das Getreide, sondern umfaßte sämtliche landwirtschaftlichen Erzeugnisse. Während der Staat beim Getreide einen Gewinn bis zu 500% einsteckte, gab er den Bauern derart wenig Geld, daß sie weder die teuren Industrieerzeugnisse kaufen noch die von Jahr zu Jahr ansteigenden Steuern bezahlen konnten. Unterstützt wurden nur die Kollektivgüter. So kam es, daß immer mehr Bauern ihren Hof verloren. Bis September 1953 waren 40% des Landes in Kollektivgüter umgewandelt worden. Das Ergebnis war eine ernste Ernährungskrise in diesem reinen Bauermland. Ende 1952 waren 787 000 ha fruchtbaren Landes nicht bebaut. Die Landflucht und der passive Widerstand der Bauern griffen immer weiter um sich. Das führte endlich zu einem Regierungswechsel. Auf Rakosi folgte Nagy, der am 4. Juli 1953 im Parlament erklärte, daß die Fehler der Vergangenheit wiedergutmacht werden sollten. Die Bauern sollten nicht weiter in Angst und Sorge leben. Jene, deren Land enteignet worden sei, könnten es zurückfordern. Von Oktober 1953 ab sollten alle Kollektivgüter, deren Belegschaft es wünschte, aufgelöst werden. Die Bauern blieben mißtrauisch. Sie wollten, daß man sofort mit der Auflösung der Kollektivgüter anfangen. Bauern, die dies forderten, wurden jedoch zu Gefängnisstrafen verurteilt. Einer erhielt fünf Jahre und verlor sein ganzes Eigentum. Darauf verschärfte sich der passive Widerstand der Bauern, und die Regierung sah sich zu einigen Zugeständnissen gezwungen, wodurch die Lage der Einzelbauern etwas erleichtert wurde: die tierärztliche Versorgung sollte in Zukunft frei sein, einige hundert Bauern wurden aus Straflagern entlassen, die Zwangsabgaben wurden um 10% herabgesetzt, in manchen Fällen wurde überhaupt keine Einkommensteuer erhoben. Noch größere Vergünstigungen erhielten jedoch die Arbeiter auf den Kollektivgütern, um sie zum Bleiben zu bewegen. Es half nicht viel. Im Oktober 1953 verließen 12—15% der Belegschaft die Kollektivgüter. Wie dieser stille, zähe Kampf zwischen dem freien Bauerntum und den Kommunisten ausgehen wird, ist noch nicht abzusehen. (Christian Democratic Review, Mai/Juni 1954, No. 3, vol IV, No. 64)

*Indochina.* Über den militärischen Entscheidungen in Indochina darf ein anderer wichtiger Vorgang nicht übersehen werden, die wirtschaftliche Umstellung des

Landes. Bisher hatte Frankreich rund 500 Milliarden Francs in den verschiedenen Unternehmungen investiert, vor allem in der Landwirtschaft, im Bergbau, in der Industrie, im Transportwesen. Die Unsicherheit der militärischen Lage läßt viele französische Unternehmer für ihre Anlage fürchten, so daß sie ihr Geld zurückziehen. Damit wird die indochinesische Wirtschaft wieder ihrem natürlichen Gefälle nach Asien freigegeben. Es ist vor allem Japan, das durch den Krieg viele seiner bisherigen Gebiete verloren hat und sich nun stark an der indochinesischen Wirtschaft zu beteiligen sucht. (Revue d'économie politique, Paris 1954, März-April.)

*Mexiko im Kampf gegen das Analphabetentum.* 85 % der 26 Millionen Mexikos sind Eingeborene, sogenannte Indios, und 50 % der Bewohner sind Landbevölkerung, so daß auf 1 qkm nur 8,4 Einwohner treffen. Um diese Landbevölkerung geht der Kampf gegen das Analphabetentum hauptsächlich. Systematisch ging man erst seit 1920 daran, diese Menschen im Lesen und Schreiben zu unterrichten. Damals waren 70 % der Bevölkerung Mexikos Analphabeten. 1940 waren es nur mehr 48 %, 1952 42,52 %. Der Staat hat für diese Zwecke riesige Summen aufgewandt. Vor 40 Jahren gab man dafür jährlich nur etwa 7 Million Pesos aus; von 1920—1930 jährlich schon 32 Millionen, 1950 etwa das Zehnfache: 323 Millionen. Der Erfolg entspricht freilich nicht ganz dem Aufwand, schon deswegen nicht, weil das Übel vor allem in der Erziehung und Bildung der Kinder durch die Volksschule liegt. Von 6,2 Millionen Kindern ist nur etwa die Hälfte von der Schule erfaßt. Um allen Kindern den Besuch einer Volksschule zu ermöglichen, bräuchte man 53949 Lehrer mehr als es jetzt sind. (Estudios Americanos, Sevilla 1954, Mai.)

*Kolonisation in Paraguay.* Paraguay ist mit seinen 288019 qkm zwar eines der kleinsten Länder des südamerikanischen Kontinents, wobei es immer noch 43000 qkm größer ist als die Bundesrepublik. Es leben aber nur 4 Einwohner auf dem qkm (Bundesrepublik 1950 194,4). Man will deswegen nach einem großangelegten Plan kolonisieren, vor allem die Gegenden am oberen Paraná, Caagzù und Amambay. Zu diesem Zweck braucht das Land 54 Millionen Dollars, die es vom Ausland erhalten muß. Dafür bietet es den Einwanderern für 20 Jahre besondere Vergünstigungen: Auswahl der Ländereien, Zollvergünstigungen und Erleichterungen im Geldverkehr. Interessiert an dieser Kolonisation sind vor allem Deutschland, Griechenland, Italien und die Niederlande. Vertreter dieser Länder trafen sich in Genf und beschlossen, eine Studienkommission zu bilden, die fünf Monate lang die Verhältnisse der in Frage kommenden Gebiete studieren soll. Ausgeschlossen von der Einwanderung sollen Juden und Kommunisten sein, jene, weil sie sich nur selten mit Landwirtschaft befassen, diese wegen ihrer staatsgefährlichen Gesinnung. Sonst soll niemand seiner Rasse oder seiner Religion wegen ausgeschlossen sein. (Estudios Americanos, Sevilla 1954, Mai.)

*Ärztetagung in Ottobeuren.* In der alten Reichsabtei Ottobeuren fand zu Pfingsten die 7. religionswissenschaftliche Ärztetagung statt, zu der 150 Gäste aus Westdeutschland, der Sowjetzone, aus Österreich und der Schweiz gekommen waren. Das Grundthema der Tagung war der Fortschritt in der Medizin. Dabei wurde in erschreckender Weise klar, wie sehr eine nur fortschrittsgläubige medizinische Wissenschaft die Würde des Menschen als einer Person antastet, so etwa, wenn man zu hören bekam, daß es in Deutschland jährlich etwa 1000, in Frankreich 3000 und in den USA 20000 „künstliche“ Kinder gibt, d. h. solche, die ihr Leben nicht einer Begegnung der Liebe von Mann und Frau verdanken, sondern den von Tierexperimenten übertragenen Befruchtungen von Frauen. Unter